

Fünfzig Jahre '68 im Spiegel der demokratischen Öffentlichkeit:

Ein „Urknall“ hat wieder Geburtstag

von Georg Schuster*

„Auf die Frage, was von 1968 geblieben ist, soll [der Sozialphilosoph] Jürgen Habermas geantwortet haben: [die ehemalige CDU-Ministerin] Rita Süßmuth.“

(DIE ZEIT u. a.)

Wechselhafte und konkurrierende Deutungen erfährt das Jahr 1968 anlässlich seiner Jubiläen nicht nur in Deutschland. Nicolas Sarkozy zum Beispiel bestritt im Wahlkampf 2007 dem Erbe vom Pariser Mai 68 die Reputation, weil es einen „*intellektuellen und moralischen Relativismus etabliert*“ sowie „*Werte und Ordnung namentlich im Schulwesen zerstört*“ habe (europe1.fr 20.10.17; eig. Übers.). François Hollande dagegen verteidigte die Bewegung, welche „*das Streben der Jugend*“ zum Ausdruck brachte, „*die schon damals glaubte, eine andere Welt sei möglich*“. Emmanuel Macron schließlich, der sich auch mal mit Daniel Cohn-Bendit sehen lässt, möchte „*ohne Dogmen und Vorurteile*“ auf dieses Jahr zurückkommen und „*Lehren ziehen*“, „*denn 68 war die Zeit der Utopien und Desillusionierungen, wo es uns heute an Utopien mangelt*“.

1. Die Ausgrenzung: „Wir wollen 68 hinter uns lassen“

Es ist schon so, dass Hollande und Macron mit ihrer Lesart ungefähr dem deutschen *Mainstream* entsprechen, während sich Sarkozy hier eher rechts der Mitte einordnen würde. Nicht nur Jörg Meuthen von der AfD teilt mit: „*Wir wollen weg vom links-rot-grün-versiffen 68er-Deutschland und hin zu einem friedlichen, wehrhaften Nationalstaat.*“ (Hannoversche Allgemeine 3.6.16) Sein Kollege Alexander Dobrindt von der CSU will ihm das Thema nicht überlassen und meldet sich als Statthalter des Konservativen mit ein paar Textbausteinen, die er „Essay“ nennt: „*Deutschland ist ein bürgerliches Land. [...] Und doch dominiert eine linke Meinungsvorherrschaft [...]. Der Ursprung dafür liegt vor genau 50 Jahren, im Jahr 1968. Damals haben linke Aktivisten und Denker den Marsch durch die Institutionen ausgerufen und sich schon bald Schlüsselpositionen gesichert in Kunst, Kultur, Medien und Politik. [...] Linke Ideologien, sozialdemokratischer Etatismus und grüner Verbotismus hatten ihre Zeit. [...] Wo Linke seit 1968 versuchen, den Patriotismus als etwas Böses zu diffamieren, stehen wir zu Vaterland wie Muttersprache. [...] Die geistige Verlängerung des Sozialismus über die Ideen von 1968 sollte zu Ende gehen. Wir wollen 1968 hinter uns lassen.*“ (csu-landesgruppe.de 4.1.18) Der weiße Schimmel einer „dominierenden Vorherrschaft“ der 68er in „Kultur, Medien und Politik“

– um mit dieser niederschwelligsten ‚Theorie‘ der Sache zu beginnen – widerlegt sich eigentlich schon aus Altersgründen, denen auch die Heraufsetzung des Renteneintritts nichts anhaben konnte. Gemünzt ist der christ-soziale Angriff auch eher auf die „Ideen von 1968“, genauer gesagt, auf die konkurrierende und derzeit maßgebliche Deutung derselben durch die besagte „links-rot-grün-versifft“ Öffentlichkeit – von der man doch zu gern wüsste, wer dort „den Patriotismus als etwas Böses“ ausgibt und die „geistige Verlängerung des Sozialismus“ betreibt; die geschmähten roten Etatisten und grünen Verbotisten jedenfalls nicht. Darauf ist gleich ausführlicher zurückzukommen.

Zuvor noch zu einer neueren Variante von konservativer 68er-Kritik, zu der entsprechende MeinungsbildnerInnen dann greifen, wenn sie ‚gesellschaftliche Fortschritte‘, die der damaligen Bewegung zugeschrieben werden, nicht in Abrede stellen, sondern ins rechte Licht rücken wollen. Staatsministerin Dorothee Bär macht das zum Beispiel so: *„Die 68er haben wir weder für die Frauenrechte noch für sonst irgendwas gebraucht.“* (Hart aber fair 23.4.18) Beweis: Die einschlägige „Pille“ gebe es schon seit 1960 (wo sie für verheiratete Frauen mit mehreren Kindern gedacht war), ‚folglich‘ diene sie einer sexuellen Emanzipation ganz ohne Nachhilfe durch die Kommunarden ein paar Jahre später. Spiegel-Autor Jan Fleischhauer ergänzt (ebd.), dass Willy Brandt bereits seit 1966 als Vizekanzler einer GroKo und unbemerkt von der damaligen APO ‚mehr Demokratie wagte‘. Das haben die Protestler im Tunnelblick auf Brandts Verständnis für den Vietnam-Krieg und seinen Einsatz für die Notstandsgesetze glatt nicht mitgekriegt.

Ein Götz Aly hatte schon zehn Jahre früher (im Buch „Unser Kampf“, Frankfurt 2008, und als Talk-Gast, 3sat 6.4.08) auf Rechtsreformen von oben und die offiziell eingeleiteten Auschwitz-Prozesse in den 60er Jahren verwiesen, um die Studentenbewegung nicht als Auslöser, sondern als Nutznießer bzw. Trittbrettfahrer von Liberalisierung und deutscher Vergangenheitsbewältigung hinzustellen. Offenbar gilt ihm durch ihre *staatliche* Inangriffnahme eine Sache schon für erledigt.

Eine Tochter von Ulrike Meinhof hält die Frage, ob *„1968 ein notwendiger Katalysator [für] ein liberaleres Deutschland“* war, für *„Quatsch. Die Reformen waren alle schon vorher eingeleitet“* (Spiegel 14/2018). Die 68er hätten schließlich *„eine unpolitische, glückliche Jugend in einer Wohlstandsgesellschaft“* verlebt. ‚Folglich‘ werden solche Leute weder kritisch noch rebellisch, sondern füllen bestenfalls *„eine selbstempfundene Lehre mit Ideologien“* von Marx und Mao. In diese Kategorie der „Entmythologisierung“ gehört dann auch noch folgendes Ätch: *„Der Studentenaufstand galt als Rebellion von Männern – jetzt argumentieren Feministinnen, dass ihr Kampf bedeutender war“* (Spiegel 15/2018) – worüber sich lange ergebnislos streiten lässt. Solche ‚Beweisführungen‘ liegen allesamt quer zu Auskünften über den Gegenstand, und um ihnen zu folgen, muss man schon ihre Absicht teilen.

2. Die etwas sperrige Eingemeindung: Wie „politische Niederlagen“ ...

Das gilt leider für viele *positive* Deutungen des bewegten Jahres nicht minder, um die es nun gehen soll. Eine Mitherausgeberin des „Missy Magazine“ fasst sie zwar als „*Urknall für die Demokratisierung in der BRD*“ (Hart aber fair s.o.) zusammen. „*1968 fing der Planet Feuer*“, sagte [auch] Daniel Cohn-Bendit einmal“ (SZ 2.6.17).

2.1

Aber die ihn zitierenden Autoren der Süddeutschen geben durchaus zu verstehen – was ein gewisser Widerspruch ist –, dass der Brand nicht lange vorhielt: „*So richtig viel ist von den ‚Irgendwas-mit-Sozialismus‘-Ansätzen der 68er nicht geblieben: Weltweit gibt es kein überzeugendes linkes Projekt auf Staatsebene. Die Studentenbewegung zersplitterte schnell in viele kleine, oft untereinander verfeindete Gruppen, von denen sich die meisten irgendwann auflösten.*“ Diese Einschätzung teilt ein ausgewiesener Zeitzeuge und gelernter Politologe: „*Die 68er haben im engeren politischen Sinne fast nur Niederlagen einstecken müssen.*“ (Wolfgang Kraushaar, SZ 31.5.17) Auch eine Historikerin (Ingrid Gilcher-Holtey: Die 68er Bewegung, München 2008, 4. Aufl.) kann dem nur beipflichten: „*Die Stabilität des Institutionensystems der westlichen Demokratien hat die Herausforderung der 68er Bewegung abgewehrt. [...] Eine Enthierarchisierung von Macht- und Entscheidungsstrukturen ist nicht eingetreten. Nimmt man diese Kriterien, ist die 68er Bewegung mit ihrer politischen Zielorientierung gescheitert.*“ (S. 126)

Angesichts der deutschen Wirklichkeit fünfzig Jahre später ist dem schlecht zu widersprechen. Die Kluft zwischen Arm und Reich, hört man, sei noch nie so groß gewesen – ohne dass Studierende in Vorlesungen oder gar vor Betriebe und Ämter zögen, um darüber aufzuklären (eher plädieren Konzernchefs für ein Grundeinkommen). Selbst Normalverdiener, heißt es, könnten sich städtische Mieten nicht mehr leisten – die Frankfurter und andere Häuserkämpfe ab 1970 sind Episode geblieben. Gegen die Große Koalition von 1966 erklangen Sprechchöre – heute „*fordert der Tote-Hosen-Frontmann Campino (55) Kanzlerin Angela Merkel zum Durchhalten auf*“ (SZ 21.11.17). Moderne Studiengänge vermitteln „*Employability*“, Wissenschaftler wetteifern um die Einwerbung von Drittmitteln aus der kapitalistischen Wirtschaft – deren Einfluss auf die Universitäten die 68er zurückdrängen wollten. Für den Holocaust soll es im modernen Deutschland amtlich niemals einen ‚Schlussstrich‘ geben (diese historische ‚Verantwortung‘ habe 1999 einen grünen Außenminister sogar zur Teilnahme an einer Kriegshandlung im Kosovo verpflichtet, die ohne ein UN-Mandat auskam) – ohne dass Antisemitismus und fremdenfeindlicher Rassismus damit Geschichte wären. Und wie zu Zeiten des Vietnam-Kriegs steht die BRD zur westlichen Wertegemeinschaft, trägt deren Konfrontation gegen Russland u.a. mit, beliefert die Welt mit Waffen und betreibt darüber hinaus in Europa die militärische Emanzipation von den USA – ohne dass dies den Ostermärschen nennenswerten Auftrieb verschaffen würde. In ihrer damaligen Zielsetzung ist die Bewegung also tatsächlich gescheitert.

2.2

Dass „68“ einen *politischen Gegensatz* zu den herrschenden Verhältnissen eröffnet hatte (einen, der in dieser Form seither keine Nachfolger mehr fand), war der anderen Seite zehn Jahre nach dem *„Jahr des Aufstands“* durchaus noch bewusst. Kontrahenten der ORF-Sendung dieses Titels (vom 13.6.78) *„waren die 68er-Ikonen Rudi Dutschke und sein Freund Daniel Cohn-Bendit, der Axel-Springer-Journalist Matthias Walden [„Die Welt“] sowie der Politikwissenschaftsprofessor Kurt Sontheimer“*, ein liberales SPD-Mitglied. Walden zog eine direkte Linie von gestörten Vorlesungen über geworfene Tomaten und Gewalt gegen Sachen zum Terrorismus der RAF, als ob es zwischen diesen disparaten Momenten keine zu erklärenden Übergänge gäbe. Sein Hausblatt rief schon im fraglichen Jahr dazu auf, *„nicht die ganze Decksarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern zu überlassen“* (Bild 7.2.68). Der liberale Sontheimer entdeckte (wie bereits 1976 in seinem Buch *„Elend unserer Intellektuellen“*) im Gefolge von 68 einen Angriff auf die Legitimität der Demokratie: *„Die geistigen Grundlagen unserer freiheitlichen Republik werden seit den letzten zehn Jahren weniger von rechts als von links in Frage gestellt.“* (ebd.) Ob oder inwieweit dies faktisch der Fall war, kann hier deshalb dahingestellt bleiben, weil die Auffassung von Personen mit Macht und Einfluss *wie ein Faktum* wirkt. Wenn also der damalige Kanzler Kiesinger *„die Universitäten von dieser Brutstätte des revolutionären Linksfaschismus [...] befreien“* (Rede 10.5.68) wollte, dann mussten sich die so Bezeichneten ebenso warm anziehen wie diejenigen, denen die Berufsverbote der Willy-Brandt-Regierung ein paar Jahre später galten.

In seinem bekannten TV-Gespräch mit Günter Gaus (vom 3.12.67) zeigte Rudi Dutschke durchaus ein Bewusstsein davon, als er *„einer letzten Frage: Würden Sie gern die etablierten Kräfte der Bundesrepublik so weit provozieren, dass Sie ins Gefängnis gesperrt werden?“*, entgegnete, seine Bewegung habe *„keine Angst, das Gefängnis in Kauf zu nehmen“*. Die Probe aufs Exempel blieb den Genossen weitestgehend erspart, aber die Haltung korreliert mit einem Vorhaben, das Dutschke im sog. *„Organisationsreferat“* auf einer Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt (5.9.67) so umriss: *„Die Universität bildet die Sicherheitszone [... für] den Kampf gegen die Institutionen [...] und um die Macht im Staate [...]. Die bisherige Struktur des SDS war orientiert am Modell der bürgerlichen Mitgliederparteien. [...] Dem gegenüber stellt sich heute das Problem der Organisation als Problem revolutionärer Existenz.“* Dass hier jemand einer revolutionären Organisationsform das Wort redet, der heute in der 3sat-Themenwoche *„Visionäre und Utopien“* (April 18) neben Forschern und Künstlern in eine Reihe mit Gandhi und Martin Luther King gestellt wird, ist schon ein wenig erklärungsbedürftig.

3. ... *„die Gesellschaft tief veränderten“*

Es sollte dem Leser klar sein, dass dieser Aufsatz eine kurze Kritik der Studentenbewegung mit einschließen wird (welche in Punkt 4 folgt). Sie ist aber hier gar nicht angezeigt, um zu verstehen, warum deren positive *Eingemeindung* in die Geschichte und Vervollkommnung

der deutschen Demokratie eine geistige Zumutung bzw. eine berechnende Gemeinheit – und daneben auch noch ein kleines Rätsel – darstellt.

3.1

Die Gemeinheit liegt hauptberuflich bei den Amtsnachfolgern der damaligen Machtinhaber, die es – nach dem Muster von Hollande oder Macron (s.o.) – für opportun halten, dem Protest von 68 ein diffuses „Streben nach Utopien“ und einer „anderen Welt“ anzudichten und aufzuhängen, das *ihre* machtvollen Vorhaben im Innern und nach außen ein bisschen in das Licht des ‚Visionären‘ stellt. Dazu passt auch, wie Rita Süßmuth damit anzugeben, das „*Schlüsselerlebnis 68*“ habe ihr „*den Sinn für innovatives Denken geschärft*“ (Zeit 29.10.93), womit sie bekanntlich das Kabinett Kohl aufzumischen wusste.

3.2

Dass der Philosoph Habermas dies als ein ‚Erbe des Aufstands‘ ausgibt (s. Eingangszitat), mag Ironie beinhalten, leitet aber zur Abteilung der intellektuellen Zumutung über. Sie besteht im „Narrativ“, wonach die Studentenrevolte sich um Deutschland verdient gemacht habe. Es wird in etlichen Facetten variiert, landet im Kern aber bei ziemlich eintönigen bzw. gedanklich austauschbaren Stichwörtern. Derselbe Politologe und dieselbe Historikerin, die der Bewegung ihr Scheitern in allen politischen Zielen bescheinigen, messen ihr in anderer Hinsicht einen Sieg auf ganzer Linie zu. Derselbe liegt offenbar *jenseits* der ‚radikaldemokratischen‘ oder ‚sozialistischen‘ Misserfolgs-Projekte. „*68 hat die Gesellschaft bis in ihre Tiefe verändert*“ (SZ 31.5.17), lobt Kraushaar, und Gilcher-Holtey versucht zu sagen, wie tief: Als „*Demokratisierungsschub*“ trug 68 „*zur Überwindung tradierter obrigkeitsstaatlich orientierter, autoritärer Verhaltensdispositionen bei. [...] Der tiefgreifende Mentalitätswechsel ist [...] eine politische und kulturelle Strukturveränderung.*“ (a.a.O. S. 127) Der „Schub“ äußerte sich „tiefgreifend mental“, überwand „Verhaltensdispositionen“, trieb sich also mehr im Reich des Bewusstseins als im gesellschaftlichen Sein umher, weshalb die behauptete „Strukturveränderung“ eine Leerformel bleibt. Auf dieser *höheren* Ebene löst sich auch der Widerspruch zwischen dem Scheitern der Ziele und dem Triumph der Ideen. Dort, auf der Höhe des ‚Geistes von 68‘, liegt es dann aber sehr im Belieben der respektiven Wissenschaft, den „Wechsel“ und die „Veränderung“ fachspezifisch, originell und pluralistisch dingfest zu machen. Der Politologe Claus Leggewie (lt. FR vom 28.4.18) nennt hier so luftige Dinge wie „*kulturellen Pluralismus*“, „*strukturelle Friedfertigkeit*“, „*Sensibilität für soziale Ungleichheit*“ und „*Beteiligungsrevolution*“. Die ihn zitierende Zeitung kommentiert: „*Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann*“, und ergänzt sie mit dem, „*was der 78er Christoph Möllers die ‚friedliche Totalpolitisierung‘ der Gesellschaft genannt hat*“ (ebd.). Bei Bilanzposten dieser Art ist es wirklich dem Auge des Betrachters anheimgestellt, sich einen weiteren Reim darauf zu machen. Künden nicht „*50.000 Bürgerinitiativen als Impuls von 68*“ (Kraushaar, vgl. SZ 31.5.17) von einer veritablen „Bürgerrevolution“ oder „Totalpolitisierung“ – auch wenn besagte Bürger seit Jahr

und Tag nicht darüber hinauskommen, periodisch eine politische Elite zu ermächtigen, die dann ihre Rollenverteilung in Koalition und Opposition unter sich ausmacht? Was das Lob der „sozialen Sensibilität“ bzw. der „Friedfertigkeit“ angeht, so sollte man besser den letzten Armutsbericht der Regierung bzw. den anstehenden Strategie-Wechsel der Bundeswehr in Betracht ziehen. Man könnte auch einmal nachsehen, welcher „kulturellen Vielfalt“ sich das neue Heimatministerium widmet.

Ob es sich bei dieser Art akademischer Aufarbeitung um einen „*Versuch des überschreitenden Denkens*“ (SZ 2.6.17) handelt, den der linke Sozialphilosoph Oskar Negt zum Erbe von 68 erklärt? „*Die Menschen müssen sich einen Freiraum erkämpfen, einen Zustand, in dem sie sich auch wirklich frei fühlen. Das löst zwar nicht die soziale Frage, aber den Menschen könnte im Sozialstaat die Existenzangst genommen werden.*“ Meint Negt damit, ein Sozialstaat im ‚Geist von 68‘ würde den Menschen die existentiellen Sorgen glatt getrennt von ihrer sozialen Lage vertreiben? Zeigt sich das „überschreitende Denken“ hier nicht schon ziemlich verstiegen? Diese Frage stellt sich auch bei einem modernen Vertreter der politischen Philosophie, bei Martin Saar auf den Frankfurter Römerberggesprächen „1968-2018: What is left?“ (28.4.18), der methodisch und selbstbewusst erklärte, in Sachen 68 „*an einem Deutungs- und Konstruktionsspiel teilzunehmen, wo niemand ganz recht haben kann.*“ Dass für einen heutigen Wissenschaftler das Erklären mit seinem Gegenteil, dem (interessierten) Konstruieren und dem (ideologischen) Deuten (im Neusprech vom „Narrativ“) zusammenfällt, sei hier nur erwähnt. Die kreative Spielbeteiligung führte Saar dennoch nicht sehr weit vom publizistischen *Mainstream* weg. Wie 1968 hätten „wir“ es auch 2018 noch mit einem „*Ungenügensbewusstsein*“ über eine dreifach „*unvollendete Demokratie*“ zu tun, die „*in Gefahr*“, „*zu flach*“ und „*zu eng*“ sei, also „*verteidigt*“, „*vertieft*“ und „*erweitert*“ werden müsse, damit immer mehr Menschen demokratisch mitreden dürfen. Denn „*in der Demokratie wird immer neu ausgehandelt, wer das Volk ist*“. Wahrscheinlich fällt es für Saar in eins, ob er hier von der Sache oder seiner Vision davon handelt. Dass die ganz unübersehbare Definition und Schaffung eines Volks durch staatliche Hoheit dasselbe sei wie die beständig „*auszuhandelnde*“ Selbstkonstitution eines Menschenhaufens, ist jedenfalls ein Gerücht. Diese fixe Idee hatte Saar, Professor, der er ist, zudem schon in einen Früh-68er namens Baruch de Spinoza (1632-1677) hineingelesen: Demokratie sei „*Spinozas Vision der Politik*“, weil hier „*die Macht geteilt und dadurch größer [wird und sie] niemandem allein und darin eher noch allen gemeinsam*“ gehöre¹.

3.3

Das kleine Rätsel, das bleibt, betrifft den Umstand, dass es so aussieht, als würden die politischen, journalistischen und akademischen Auslegungen der Erbschaft von 68 durch et-

1 „Die Immanenz der Macht. Politische Theorie nach Spinoza“, Berlin 2013, S. 436. Wen anhand dieser Schrift die Frage interessiert, wie moderne *Geisteswissenschaft* geht: www.magazin-auswege.de/2016/12/dem-saar-sein-spinoza bzw. www.magazin-auswege.de/2016/11/dem-saar-sein-nietzsche

liche Beteiligte von damals quasi bewahrheitet. In Sachen Teilhabe an der ‚Revolte‘ und ihrer Interpretation in den Jahrzehnten danach herrscht ja vielfach noch eine Personalunion, für die Namen Kraushaar, Negt, Cohn-Bendit, auch Joschka Fischer oder Joscha Schmierer stehen. Wenn Gretchen Dutschke-Klotz das Wirken ihres Mannes und seiner Mitstreiter ausgibt als *„Bruch mit der Kultur des Gehorsams“* und *„Vollendung [der] Demokratisierung in allen Lebensbereichen“*, daher als *„liberale Erfolgsgeschichte, die ihresgleichen sucht“* (SZ 4.3.18) – ist es dann angesichts dieser Zeitzugenschaft angezeigt, von einer berechnenden Deutung der Ereignisse und ihrer Folgen zu reden? Das Rätsel ist allerdings nur ein kleines, denn es wird eben so sein, dass die publizistisch dergestalt aktiven Alt-68er ihrer Vereinnahmung für das Lob der modernen demokratischen Klassengesellschaft nicht (mehr) im Wege stehen, es mitsingen und sich in diesem Lob selbst geehrt fühlen. Frau Dutschkes Buch *„1968. Worauf wir stolz sein dürfen“* hat seinen schwarz-rot-goldenen Einband nicht von ungefähr.

3.4

Um solche Wandlungen zu verstehen, hat die bürgerliche Öffentlichkeit sogar eine eigene Theorie, sozusagen eine zeitgemäße Version des Spruchs *„Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“* des Titels: *„Warum am Ende immer alles auf den Kapitalismus hinausläuft“* (SZ 26.6.16). *„Eine Karriere wie die von Joscha Schmierer könnte es im heutigen Deutschland wohl nicht mehr geben. Einst prototypischer Antikapitalist, Mitbegründer des Kommunistischen Bundes Westdeutschland [... ließ er] wie so viele aus seiner Generation die revolutionäre Agitation irgendwann sein. [...] Zwischen 1999 und 2007 arbeitete Schmierer im Planungsstab des Bundesaußenministeriums, [...] anfangs Besoldungsstufe BAT 1, damals etwa 10 000 Mark brutto.“* Das will sich der Finanz-Experten der SZ erklären. Der Philosoph Axel Honneth, ein Absolvent der Frankfurter Schule, liefert ihm mit dem *„Versiegen utopischer Energien“* schon mal einen Baustein dazu. Dieselben laufen trocken, so die Süddeutsche, weil *„der Kapitalismus selbst die Möglichkeit schafft, den Wohlstand auch gerechter zu verteilen“*. Im Fall von BAT 1 für Schmierer mag das stimmen, ansonsten sehen das nicht nur *Oxfam* und *Occupy* (*„We are the 99 percent“*) etwas anders. Vom Sozialismus bleibt jedenfalls, *„frei nach Honneth, nurmehr vor allem eine intellektuelle Herausforderung, die den Kapitalismus ständig begleitet“*, quasi sein schlechtes Gewissen. Das nun muss den bekanntermaßen oft auf Protest gebürsteten Nachwuchs der Nation mit seinem *„Hang zum Romantisieren“* zwangsläufig verwirren. Und so entstehen, *„wie schon der große Pessimist Joseph Schumpeter voraussah“*, *„Menschen, die sich in der Jugend zwar rote Sterne auf ihre Rucksäcke nähten, aber fest mit dem System verwachsen sind, gegen das sie womöglich einmal zu kämpfen glaubten. Das sind die Feinde, die sich das kapitalistische System Schumpeter zufolge selbst schafft.“* Damit wäre unter Verwendung von Honneth und Schumpeter eine System-Theorie der systemgemäßen An- und Abschaffung temporärer Systemfeinde eigentlich komplett. Der SZ-Autor legt aber noch zweieinhalb Bausteine aus dem Fundus der Geisteswissenschaften nach. *„Der menschliche Hang*

zum Opportunismus mag eine Erklärung sein“, der Nationalökonom Friedrich von Hayek hat aber noch eine bessere: *„Wenn unsere komplexe Gesellschaft nicht untergehen soll, gibt es keine andere Möglichkeit, als sich entweder den anonymen und anscheinend irrationalen Kräften des Marktes zu unterwerfen oder aber einer ebenso unkontrollierbaren und deshalb willkürlichen Macht anderer Menschen.“* Eine durch politische Macht und ökonomischen Sachzwang sehr alternativlos geordnete Gesellschaft darf man sich demnach als Ergebnis einer Wahl von dir und mir und Joscha Schmierer vorstellen: Soll man sich der Willkür von Fremden unterordnen (die einem als rote Zaren bzw. deren Nachfolger bezeichnet werden) oder doch lieber den anonymen Marktkräften, zumal diese nur „anscheinend“ im Sinne von *scheinbar* irrational sind? Für den SZ-Autor ist diese fiktive Entscheidung noch mehr als eine freie Wahl, nämlich ein Sich-Fügen in etwas Unausweichliches: *„Solange sich die Empörung ohne utopische Energie entlädt“*, welcher der Wohlstands-Kapitalismus, wie mitgeteilt, den Stecker gezogen hat, *„wird die Entscheidung für die anonymen und bisweilen grausamen Kräfte des Marktes nicht mehr revidiert.“* Und weil „wir“ uns unter dieser Bedingung nicht anders entscheiden können, *„wird der Kapitalismus weiterhin die Symbole der sozialistischen Vergangenheit zu Produkten degradieren, zur bloßen Handelsware, die nostalgische Sehnsüchte bedient.“* Was man am Marx-Merchandising in Trierer Andenkenläden ja sieht. So doof lässt sich heute die ‚Überzeugungskraft‘ des Kapitalismus als Zwangsläufigkeit ‚beweisen‘. Was einmal ein Moment von Kritik enthielt – bei Dutschke („Organisationsreferat“ s.o.) hieß das z.B. *„Erfassen der sozialen Wirklichkeit durch die verinnerlichten Schemata des Herrschaftssystems“* – hat sich aufgelöst in ein antikritisches und abgeklärtes Lob: *„Das System ist überall“* (SZ-Titel vom 2.7.15).

4. Kurze Kritik der 68er-Bewegung

Eine Erklärung der Studentenrevolte, ihrer Übergänge und Folgen geht anders.

4.1

Sie beginnt mit der Feststellung, dass hier tatsächlich eine nachwachsende Generation in größerem Umfang rebellisch wurde, weil sie ihre Ideale von Demokratie durch die demokratische Wirklichkeit enttäuscht sah. Nun kommt es nicht nur in Jugendbewegungen regelmäßig vor, dass aus Unzufriedenheiten heraus ein *Sollen* formuliert wird. Das *kann* ein Ausgangspunkt dazu sein, durch etwas Denkanstrengung deren Gründe herauszufinden, die nicht mit einem Verstoß gegen dieses vermeintliche Sollen zusammenfallen. Dann wird man auch den Idealismus los. Lässt man das sein oder macht man hierin Fehler, landet man zum Beispiel dabei, in den Notstandsgesetzen partout die Abschaffung der Demokratie zu entdecken und nicht ihre Komplettierung für schwere Zeiten. Dieser Fehlschluss war (und ist) keineswegs unvermeidlich und ließe sich erneut theoretisch und auch anhand reflektierter Erfahrung korrigieren – wie der, dass die amtierenden Demokraten die studentische Störung ihres Normalbetriebs ungeachtet der idealistischen Anliegen zurückwiesen und aus-

einanderknüppeln ließen. Solche Korrekturen sind in wirksamem Umfang ausgeblieben, und ein Zweites kam hinzu: Im Festhalten am Idealismus der Demokratie, an ihrem falschen Sollen, versteht und äußert sich das verletzte Interesse als eine Berechtigung *moralischer* Art. Es fordert nicht einfach Berücksichtigung, identifiziert Hindernisse oder Gegnerschaft, sondern sieht mit sich zugleich ein Anliegen *höheren* Ranges beschädigt, als dessen ideeller Anwalt es sich betätigt. Im bürgerlichen Denken heißt so etwas – reichlich unverstanden – „Sendungsbewusstsein“ und soll ausdrücken, dass eine im Grunde gebilligte Moralität über die Stränge schlägt.

4.2

Derart gerüstet, musste sich die Bewegung mit dem Problem befassen, dass die Bevölkerung in großer Mehrheit nicht ihrer oppositionellen, sondern der amtlichen Auffassung von Demokratie zuneigte – womit ein Misserfolg absehbar war. Sich den zu erklären, hätte erneut in die Analyse der herrschenden Verhältnisse zurückführen können, tat dies aber hauptsächlich in der verqueren Form, die Dutschke (im „Organisationsreferat“, s.o.) stellvertretend so zum Ausdruck brachte: *„Wenn die Struktur des Integralen Etatismus [...] ein gigantisches System von Manipulation darstellt, so [...] ist] die Selbstorganisation der Interessen, Bedürfnisse, Wünsche damit geschichtlich unmöglich geworden.“* Die so festgestellte Übermacht der „Manipulation“, ‚erklärte‘ einerseits den Misserfolg bei den Massen, sprach andererseits aber keineswegs für den Abbruch der oppositionellen Politik, sondern für *„die Propaganda der Tat“* (ebd.), um *„tendenziell einen Bewusstseinsprozess für agierende Minderheiten innerhalb der [...] Massen“* zu ermöglichen. Andere Konsequenzen aus der Manipulations-Theorie führten nach der subjektiven Seite dahin, sich selbst in seiner Lebensform oder die Kinder durch ihre Erziehung gegen diese *„Eindimensionalisierung“* (ebd.) zu wappnen. (Dazu noch ein Nachtrag in Punkt 5.)

Da die ‚herrschenden Verhältnisse‘ sich auch fürderhin unbeeindruckt zeigten, kamen die Deutungen des Misserfolgs der Bewegung zu weiteren und weiter divergierenden Ergebnissen. Der demokratischen Rechten gelten sie – siehe Herrn Walden in Punkt 2.2 – als Abfolge oder Ansteigen verwerflicher Taten. Mehr links davon werden sie – ebenfalls recht begriffslos – als Sammlung von ‚Folgen‘ verbucht und in der Hauptsache als Segen, im ‚Exzess‘ als Fluch für das moderne Gemeinwesen gewürdigt. *Richtig* zu beurteilen sind sie dagegen nur als *Übergänge*, als jeweilige Ausgangspunkte eigener Entwicklungen, die nicht mit ihren Voraussetzungen oder ihrer Vorgeschichte zusammenfallen. Am Beispiel: Der Weg vom AStA-Vorsitzenden zum K-Gruppen-Mann zum Grünen-Mitbegründer, zu deren Landtagsmitglied und schließlich zum Ministerpräsidenten einer Koalition mit der CDU ist als Karriere in Deutschland ganz offenbar möglich und mag dem Betroffenen wie den Betrachtern *ex post* als ‚folgerichtig‘ erscheinen – z.B. ‚der Zeit geschuldet‘: *„In der repräsentativen Demokratie anstelle einer Räterepublik anzukommen, war ein längerer Gewöhnungsprozess“* (FR

28.4.18). Erklärt ist damit nichts und Urteile dieser Art – vgl. Punkt 3.4 – verraten mehr über den Deuter als über die Sache.

4.3

Zurück also zu den divergierenden Übergängen aus erfahretem Misserfolg, die das „Jahr des Aufstands“ recht schnell beendet und seine Teilnehmer zerstreut haben.

- Ein beachtlicher Teil der 68er-Bewegung ‚schloss‘ aus den ausbleibenden Fortschritten, dass er es an „Realismus“ hatte fehlen lassen. Die Aktionen und Flugblätter, so hieß die Selbstkritik, hätten von der breiten Bevölkerung nicht verstanden, die Ziele daher nicht erreicht werden können, weil sie nicht der ‚konkreten Wirklichkeit‘ Rechnung trugen, die nur in ‚kleinen Schritten‘ zu verändern sei. Anwälte der demokratischen Volksanliegen wollten die zu Reformern gewordenen Revoltierer also bleiben, und um ihre gesellschaftliche Wirksamkeit zu vergrößern, gingen sie auf die Suche nach Bündnispartnern. Die fanden sie in der SPD, die damals gerade Wählerstimmen einwarb, indem sie versprach „mehr Demokratie [zu] wagen“. Darin konnten die geläuterten ‚Systemkritiker‘ nun nicht mehr viel „Manipulation“ entdecken, wurden zu, zunächst linken, Sozialdemokraten, von wo aus etliche von ihnen den Marsch in die Institutionen, Ämter und Parlamente fortsetzten, wo sie dann *wirklich* – und nicht nur wie früher im roten Liedgut – an der Macht waren.

- Eine andere, kleinere Gruppe sang diese Lieder noch ein wenig länger, weil sie aus „68“ den Schluss zog, sich der Arbeiterklasse zuzuwenden und deren ‚objektiv revolutionäre‘ Anliegen zu vertreten, welche historisch auf der Siegerstraße seien. Die eigentlich richtige Idee innerhalb der Studentenbewegung, dass es die Arbeiterschaft sei, deren Interessen in unmittelbarem Gegensatz zu den Erfordernissen einer Marktwirtschaft stünden, ein Klassenkampf also den wirksamen Hebel einer Umwälzung der Lebensverhältnisse abgebe und die abhängig Beschäftigten daher für ein solches Ziel gewonnen werden müssten, fand so eine schlechte Fortsetzung. Denn die sog. K-Gruppen wollten nicht einfach die Agitation für dieses Vorhaben aufnehmen und ihren proletarischen Adressaten durch Kritik die falschen Gründe ihres Mitmachens ausreden. Sie begriffen sich moralisch als Diener und Vorhut der Arbeitersache, leiteten aus deren Schädigung ein ideelles Recht auf Kampf ab und stellten demselben gleich mehrere – zerstrittene – Parteien zur Verfügung. Mit den linken Sozis teilten diese „Marxisten-Leninisten“ den ‚Realismus der kleinen Schritte‘, der dem vorfindlichen Arbeiterbewusstsein nicht zu nahe treten, aber dennoch zum revolutionären Endziel führen sollte. Die anhaltende Erfolglosigkeit machte den so Angetretenen innerhalb einer Dekade derart zu schaffen, dass sie auf die Selbstkritik verfielen, sich als ‚Sektierer‘ von den Massen isoliert zu haben, in denen sie

doch schwimmen wollten wie der Fisch im Wasser. Diese Trennung hoben sie durch die weitgehende Auflösung ihrer Vereine auf.

- Es ist daher kein Zufall, dass eine öffentlich bemerkte Anzahl ehemaliger ML-Aktivisten die Gründungs-Mitgliedschaft der Grünen bereicherte. Denn hier lockte eine oppositionelle Partei, welche ‚die Menschen‘ so annehmen und vertreten wollte, wie sie sie täglich vorfand: mit dem Wunsch nach guter Luft, gerechtem Einkommen, ein bisschen Frieden, dem Abbau von Diskriminierung etc. – sowie der Überzeugung, dass dafür der demokratische Staat zuständig und zu haben sei. Wie schon die SPD-Linke vor ihnen machten sich auch die Grünen auf den Weg, diese Anliegen nicht unbedingt einzulösen, in jedem Fall aber parlamentarisch zu *repräsentieren*. Dass darüber in der Folge sogar grüne Regierungen raussprangen, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

- Die Partei „Die Linke“ hat auch ein wenig Personal aus diesen Übergängen rekrutiert, sogar aus solchen zweiter Ordnung, denen das sozialdemokratische und grüne Reüssieren in Sachen sozialer Gerechtigkeit zu wenig war. Der Hauptanteil der Mitglieder stammt aber noch aus einer anderen, *staatlichen* Art von Selbstkritik aus Mangel an Erfolg. Die Strategie und Taktik der realitätsbewussten Anwaltschaft für berechtigte Interessen führen die einen wie die anderen fort.

- Deshalb vielleicht zusammenfassend eine Bemerkung in Sachen Opposition gegen kapitalistische Verhältnisse. Wenn dieselbe wenig oder keinen Zuspruch findet, kann man prüfen, inwieweit man sie verändern, verbessern oder auch lassen soll. Etwas anderes ist der opportunistische Rückschluss vom ausbleibenden Erfolg auf einen Irrtum in der Analyse und im Anliegen, was vorwiegend Leuten passiert, die sich in einem höheren Auftrag unterwegs sahen. Dieser Aufsatz zum Beispiel weiß, dass seine Leserschaft weder zahlreich ist, noch ihm mehrheitlich zustimmen dürfte, was ihn jedoch sachlich nicht widerlegt. Da müsste schon jemand auf Fehler hinweisen.


- Ein weiterer, der letzte hier verzeichnete, Übergang führte von der Revolte in den Terrorismus. Er teilt mit den anderen den Moralismus der Berechtigung und der Anwaltschaft für die ‚gute Sache‘ des Volks. Er unterscheidet sich aber in der (selbst)zerstörerischen Konsequenz, mit der er „*die Bomben ins Bewusstsein der Massen werfen*“, also die Verletzbarkeit der Staatsgewalt beweisen wollte, der er dann unterlag.

5. Zwei Nachträge zu zwei Einbildungen

- In der Manipulations-Theorie, mit der sich die Studentenrevolte den ausgebliebenen Zuspruch der Massen zurechtlegte, klang ein ungunstiger Zug an, der auch heute noch in linken Kreisen unterwegs ist. Die Theorie hat zunächst den Widerspruch, dass sie für diejeni-

gen, die sie aufstellen und vertreten, offenbar nicht zutrifft. Aus irgendwelchen Gründen sind sie nämlich über die Manipulation erhaben, von der die breite Bevölkerung so unweigerlich erfasst wird. Sie enthält zweitens die Auffassung, der moderne Kapitalismus sei gekennzeichnet nicht durch die Beschränkung und Beschädigung von Lebensinteressen der sog. Arbeitnehmer, sondern durch ihre eigentümliche Befriedigung. Ein einflussreicher Ideengeber der 68er, der Philosoph Herbert Marcuse, schrieb dazu 1964 in den USA Folgendes: *„Wenn der Arbeiter und sein Chef sich am selben Fernsehprogramm vergnügen und dieselben Erholungsorte besuchen, wenn die Stenotypistin ebenso attraktiv hergerichtet ist wie die Tochter ihres Arbeitgebers, wenn der Neger einen Cadillac besitzt, wenn sie alle dieselbe Zeitung lesen, dann deutet diese Angleichung nicht auf das Verschwinden der Klassen hin, sondern auf das Ausmaß, in dem die unterworfenen Bevölkerung an den Bedürfnissen und Befriedigungen teil hat, die der Erhaltung des Bestehenden dienen.“* Hier zeichnet sich „Der eindimensionale Mensch“, so der Titel des zitierten Werks (Darmstadt u. Neuwied 1967, S. 28), schon deutlich ab. Zwar spricht Marcuse noch vom Klassengegensatz, aber nicht in der politökonomisch korrekten Weise, wonach der Ausschluss der einen Klasse von den Mitteln der Reproduktion, die sich im Eigentum der anderen Klasse befinden, den wirksamen Sachzwang schafft, sich in die Lohnarbeit zu den Bedingungen des Kapitals zu fügen. Wie dagegen ein TV-Gerät, ein schickes Kleid oder ein Auto „der Erhaltung des Bestehenden dienen“ sollen, ist nicht recht einzusehen. Politökonomisch ‚dienen‘ sie im modernen Kapitalismus der Verkaufbarkeit der Arbeitskraft, müssen vom Lohn finanziert werden und unterscheiden sich daher deutlich vom Luxuskonsum der Chefs und ihrer Töchter. Marcuse bestimmt solche Waren anders: *„Die Menschen erkennen sich in ihren Waren wieder, sie finden ihre Seele in ihrem Auto, ihrem Hi-Fi-Empfänger, ihrem Küchengerät“* (S. 29), und denkt dabei an weit mehr als an die Angeberei mit einem SUV oder dem Einbauherd. *„Die Erzeugnisse durchdringen und manipulieren die Menschen; sie befördern ein falsches Bewusstsein, das gegen seine Falschheit immun ist. [...] So entsteht ein Muster eindimensionalen Denkens und Verhaltens“* (S. 32), in dem „transzendieren[de]“ „Ideen, Bestrebungen und Ziele“ „entweder abgewehrt oder“ vom „gegebenen System“ vereinnahmt werden (ebd.). Natürlich hat sich Marcuse von seinem amerikanischen Mittelklassewagen nicht das Bewusstsein gegen seine Falschheit immunisieren lassen, die „eindimensionalen“, characterschwächeren Mitmenschen aber schon. Leider taugt seine Theorie auch heute noch für eine wohlfeile Konsumkritik und für das elitäre Selbstbild, nicht zu diesen ihr Smartphone vergötternden Massenmenschen zu gehören. Und leider hat auch Rudi Dutschke ein hierzu passendes Wort hinterlassen: *„Auf zwei Beinen zu stehen, nicht aufzuhören, den aufrechten Gang zu erlernen, und dabei nicht getragen zu werden von ‚großen Mächten‘, es war und ist nicht leicht, doch allein gattungsgemäß.“* (Aufrecht gehen, Berlin 1981, S. 156) Dass ihn beim Schreiben des Satzes ein evangelisches Kirchenlied beschwingt hat, macht diesen nicht besser. Nein, marxistische Systemkritik ist kein Charakterzug der Wahren, Guten und Schönen, auch nicht die morali-

sche Pflicht der Gattung Mensch. Sie folgt höchstens aus Einsichten, die sie nicht vor sich herträgt, sondern zu teilen versucht.

- Den 68ern wird gerne nachgesagt, sie hätten zwar nicht die großen, dafür aber ‚weiche Ziele‘ im Bereich der ‚Zivilgesellschaft‘ erreicht und diese dadurch nachhaltig verändert. Gedacht ist dabei an das Verhältnis der Geschlechter, an Fortschritte im Bildungssektor oder an die Lockerung von gesellschaftlichen Umgangsformen. Auch hier lohnt es sich, analytisch genauer hinzusehen – was etwas anderes ist, als der Bewegung (siehe Punkt 1) ihre Bedeutung madig zu machen. Dass sich Männer in den letzten Jahrzehnten mehr an der Haus- und Familienarbeit beteiligen, dass sich die Rechtsstellung der Frau in den 1970er Jahren verbesserte² (ein gern bemühtes Beispiel „nach 68“), könnte ganz profan damit zu tun haben, dass der stärkere Einbezug der Frauen in die kapitalistische Erwerbsarbeit solche Änderungen indizierte. Die unternehmerische Nachfrage nach mehr und qualifizierterem Arbeitsvermögen könnte auch den Anstoß zu „mehr Arbeiterkindern an der Uni“ (ein weiteres Exempel) und für Modernisierungen im Bildungsbereich abgeben haben, zu denen dann auch noch das Verbot von Körperstrafen an Bayerns Schulen ab Herbst 1970 (mehrfach bemühtes Beispiel Nummer drei) gehört. Wenn Entwicklungen dieser Art mit einem kompatibel gestimmten Zeitgeist zusammentreffen, kann er sie seinerseits in Trends befördern, bis mancher sich einbilden mag, der ‚Geist‘ habe die Reformen glatt hervorgerufen. Was schließlich die Renovierung der Sitten und Umgangsformen angeht, die der Studentenbewegung unter Mitwirkung der angelsächsischen Popkultur nicht bestritten werden soll, so wäre selbst hier ein kleiner Vorbehalt zu machen. Ein lockeres und unverkrampftes Auftreten bis hin zur *coolen* Selbstdarstellung der Person ist seither auch zu einem Mittel des modernen Konkurrenzsubjekts geworden, von dem weiß Gott nicht nur „Links-rot-grün-Versiffte“ profitieren. Zu besichtigen z.B. an politischen Nachfahren der Rita Süßmuth, die ihre Parteikarriere mit der Lässigkeit von 68ern hinlegen. 

*Über den Autor

Georg Schuster (G.S.) ist ein Pseudonym. Er ging im Jahr 2000, nach über 20 Jahren Hauptschuldienst in Bayern, an eine große deutsche Auslandsschule, von der er im Sommer 2016 nach Deutschland zurückkehrte. Er schreibt regelmäßig für das Magazin Auswege.

Kontakt:

antwort.auswege@gmail.com

• [Hier geht es zu weiteren Beiträgen von Georg Schuster](#)

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht

www.magazin-auswege.de

antwort.auswege@gmail.com

² Hierzu auch www.magazin-auswege.de/2018/01/vom-feminismus-zur-gender-bewegung-teil-1_und-2